

## KMU Fehlende Information über künftige Steuern belasten Kaufkraft „Die Politik schürt nur Unsicherheit“

Seit Monaten gibt es keine andere Diskussion, als jene über neue Steuern. Unternehmer müssen sich also auf einiges gefasst machen. Doch noch heißt es warten, denn die Regierung hält ihre Pläne geheim. Eine Taktik, die bei heimischen KMU nicht gut ankommt. Albert Neumeister, Top-Winzer aus der Steiermark, bringt es auf den Punkt: „Die Politik schürt noch mehr Unsicherheit, als die Krise ohnehin schon mit sich gebracht hat.“

Für den Absatz seiner qualitativ hochwertigen Produkte wäre diese aber unerlässlich, denn: „Für Qualität wird nicht mehr so viel bezahlt. Die Leute schauen genau auf ihr Geld“, sagt Neumeister

und begründet dies in der anhaltenden Unsicherheit hinsichtlich Arbeitsmarkt und Pensionssystem.

### Neid schüren

Geht es nach der SPÖ, werden heimische KMU von der anstehenden Steuererhöhung nicht belastet. Vielmehr gilt für SP-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter das Florianiprinzip: Er will Banken, Spekulanten, Privatstiftungen und Großkonzerne zur Kassa bitten, die für ihn zu gering belastet werden: „Was einem KMU zuzumuten ist, muss auch dem Stifter zumutbar sein.“ Er rechnet mit Einnahmen aus Bankenabgabe, Aufhebung der Spekulationsfristen, Finanztransaktionssteuer,

Einschränkung der Gruppenbesteuerung und höherer Stiftungsbesteuerung mit 1,7 Milliarden €.

Eine Forderung, die für Aleksandra Izdebska, Geschäftsführerin des Computerfachhandels DiTech, an den wahren Problemen der Wirtschaft vorbeigeht. „Dadurch wird die Kluft zwischen Menschen nur noch viel größer“, sagt Izdebska. Vielmehr fordert sie die Politik auf, sich über den Arbeitsmarkt Gedanken zu machen, als diesen noch weiter zu gefährden, indem die Standortsicherheit in Frage gestellt werde. An eine Abwanderung von Unternehmen, Konzernzentralen oder Stiftungen rechnet Matznetter durch die SPÖ-Forderungen

nicht. Stiftungen scheint er zudem keine Träne nachzuweinen: „Bei einem geschätzten Stiftungsvermögen von 60 Milliarden € bräute eine Abwanderung rund 15 Milliarden € an Steuer.“

Priorität habe für Izdebska hingegen die Sicherung der Arbeitsplätze: „Ich will mir keine Gedanken machen müssen, ob ich mir neue Mitarbeiter leisten kann.“ Sie fordert eine Subvention für die Anstellung neuer, noch auszubildender Mitarbeiter und eine stärkeren Fokus auf die Aus- und Fortbildung bestehender. Zudem fordert sie Unterstützung bei erstmaliger Kreditgewährung: Davon würden vor allem Jungunternehmer profitieren. (off)



DiTech-Chefin Aleksandra Izdebska will sich nicht Gedanken machen müssen, ob sie neue Mitarbeiter anstellt